

Haushaltsrede 2025

CDU-Kreistagsfraktion

Peter Fischer
Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Landrat,

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits im vergangenen Jahr hatte ich darauf hingewiesen, dass es nicht unüblich ist, wenn in Haushaltsreden auf die schwierige Haushaltssituation hingewiesen wird.

Ebenfalls im vergangenen Jahr musste der Kämmerer Thomas Heil über eine Lücke von 31 Millionen Euro berichten, eine in dieser Höhe noch nie dagewesene Zahl. Eine Erhöhung der Umlage um 6 Punkte wäre die Folge gewesen, wenn nicht zugunsten unserer Städte und Gemeinden neben einigen Maßnahmen die Ausgleichsrücklage in Anspruch genommen worden wäre und die Kreisumlage um nur einen Punkt erhöht wurde.

„Drum lächele und sei froh, denn es könnte schlimmer kommen“
konnte man meinen, doch das allein wäre kein guter Ratgeber.
Denn es kam schlimmer.

Die neuerliche Lücke lag nunmehr bei 41,4 Millionen Euro. Das zeigt ganz deutlich auf, dass die kommunalen Haushalte unterfinanziert sind. Durch verschiedenste Maßnahmen wie die Streckung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 12,5 Millionen Euro, die uns aber in der Folge zu höheren Kosten führt, eine weitere Einsparung durch die Veranschlagung eines globalen Minderaufwands von einem Prozent - das sind weitere 5,34 Millionen Euro mit viel Hoffnung dazu, dass dieser Betrag auch tatsächlich erreicht wird und weiteren Maßnahmen werden die Kommunen um 34 Millionen Euro entlastet. Das macht 6,2 Punkte in der Kreisumlage, die eigentlich um 7,5 Punkte hätte erhöht werden müssen. Bleibt eine Lücke von 1,3 Punkten, um die wir nicht herumkommen und die Kreisumlage entsprechend von 35,2 auf nunmehr 36,5 anhebt.

Das allerdings um den hohen Preis der erneuten deutlichen Entnahme des Fehlbedarfs von gut 16,2 Millionen Euro aus der Ausgleichsrücklage, die damit bei nur noch rund 2,1 Millionen Euro liegen wird, also nahezu aufgebraucht ist. Bei einem Haushaltsvolumen von 537,6 Millionen Euro ein mehr als dünnes Polster für die Folgejahre, zumal uns das Vorjahresergebnis nicht wie in den Vorjahren ein wenig Entlastung beschert. Der seit Jahren gelebte Grundsatz, über die Ausgleichsrücklage die Kreisumlage stabil zu halten, lässt sich dann nicht mehr umsetzen.

Angesichts dieser Fakten ist der Wunsch der Kommunen um eine Beibehaltung der Kreisumlage und anderer Vorschläge zwar aus deren Sicht nachvollziehbar, aber keinesfalls umsetzbar. Unterm Strich ist festzustellen, dass der Kreis Viersen die Nöte der kommunalen Haushalte sieht und hilft, wo er kann. Aber auch unsere Möglichkeiten sind beschränkt.

Deshalb ist an den Bund zu appellieren, für neue Aufgaben, höhere Standards und kostenträchtige Entwicklungen die Kommunen besser mit finanziellen Mitteln auszustatten und die Kommunen nicht allein zu lassen und aus der tiefen Krise heraus zu helfen.

Wer den Kommunen neue Aufgaben aufbürdet, muss auch für die Finanzierung aufkommen. Dieses Prinzip der Konnexität wurde leider häufig nicht beachtet und hat zur desaströsen Finanzsituation der Kommunen beigetragen.

Zu alledem kommen noch die Isolierungsbeträge aus den Corona- und Ukraine-Belastungen mit 15,4 Millionen Euro dazu, für die wir zu entscheiden haben, ob wir diesen Betrag auf 50 Jahre abschreiben und damit die nachfolgenden Generationen belasten oder einmalig durch eine Entnahme aus dem Eigenkapital ausgleichen.

Die Finanzierungsprobleme treffen auch auf den Landschaftsverband zu. Für die Durchführung vieler Aufgaben durch den LVR, die unseren Bürgerinnen und Bürgern im Kreis Viersen zugutekommen, zahlen wir wie die Kommunen an uns eine erhebliche Umlage an den LVR. Auch die Landschaftsumlage steigt, weil die verfügbaren Mittel für die vielen auch vom Bund erhöhten Aufgaben nicht mehr reichen.

Auch der Landschaftsverband entnimmt erhebliche Mittel aus der Ausgleichsrücklage, um die Landschaftsumlage nicht noch deutlicher erhöhen zu müssen.

Die Umlage an den Landschaftsverband ist aber eine gute Investition, auch wenn Umlagen immer gerne gegeißelt werden. Das kennen wir ja von unseren Kommunen uns gegenüber. 2023 waren es 86,4 Millionen Euro, 2024 rund 89 Millionen Euro und für 2025 sind gut 97 Millionen Euro für den LVR angesetzt. Der hat dazu im Gegenzug in 2023 Leistungen in Höhe von 216 Millionen Euro für die Menschen im Kreis Viersen erbracht. Davon 135,8 Millionen Euro aus dem Haushalt des LVR und weitere 80,6 Millionen Euro aus Bundes- und Landesmitteln. Der größte Teil sind mit gut 132 Millionen Euro Sozialleistungen, im Wesentlichen Mittel zur Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Dazu kommen mit über 99.000 Euro Fördermittel für Aktivitäten im Rahmen der Kulturpflege.

Der LVR spielt überdies mit seinen Einrichtungen im Kreis Viersen eine wichtige Rolle als Arbeitgeber und Standortfaktor: Insgesamt arbeiten in der LVR-Jugendhilfe Tönisvorst, in der Klinikschule, der Klinik Viersen und der Klinik für Orthopädie Viersen, der Krankenhauszentralwäscherei sowie im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen rund 2.400 Mitarbeitende, die direkt beim LVR beschäftigt sind. In der Viersener Klinikschule werden 183 Kinder und Jugendliche unterrichtet.

Angeichts der nun wirklich dramatischen Zahlen mit hoher Unterdeckung unseres Haushalts und einer nahezu leeren Ausgleichsrücklage haben wir die Hoffnung, dass ein guter Teil der vielen Milliarden aus dem neuen Sondervermögen des Bundes bei den Kommunen und damit auch bei uns ankommt. Dennoch müssen die Steuereinnahmen grundsätzlich gerechter verteilt werden, denn die Kommunen bestreiten ein Viertel der staatlichen Aufgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen.

Kommen wir zu etwas Erfreulichem.

Trotz der angespannten Haushaltslage und der erhöhten Kosten im Bereich Soziales, den Tarifsteigerungen, die sich hoffentlich und vernünftigerweise im Rahmen halten werden und gestiegenen Baukosten und Zinsen usw. usw. werden wichtige Investitionen für den Kreis Viersen vorgenommen. Die Investitionen steigen sogar noch. Die höchsten Beiträge entstehen für den Neubau des Förderzentrums West sowie die Baukosten für das Multifunktionale Verwaltungsgebäude.

Weitere namhafte und wichtige Investitionen sind die in die Erweiterung der Franziskusschule und das Bevölkerungsschutzzentrum sowie die üblichen Investitionen wie Tiefbaumaßnahmen oder Finanzanlagen.

Zu nennen sind auch die verschiedenen Investitionen in die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen wie bei den Berufskollegs in Kempen und Willich und die in den Neubau der Rettungswache Waldniel sowie die kontinuierliche Erneuerung unserer Kreisstraßen.

Den Bedarf eines künftigen Museumsdepots haben wir bereits im letzten Jahr bejaht und gehen mit dem heutigen Beschluss den nächsten Schritt. Erfreulich, dass wir hier mit einer hohen Förderung rechnen können. Schade, dass sich andere Museen nicht daran beteiligen.

Es ist natürlich ebenso schade, dass insbesondere dieser letzte Haushalt der nun zu Ende gehenden Wahlperiode die geschilderten Entwicklungen nimmt.

Erfreulich ist die Zurückhaltung der Fraktionen, die angesichts der Haushaltssituation auf eigene kostenträchtige Anträge verzichtet haben mit Ausnahme der beiden vorliegenden Anträge zur Kurzzeitpflege und zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze, über die Einigkeit unter den Fraktionen besteht.

Damit handeln die Fraktionen verantwortlich und das dazu im Jahr der Kommunalwahl.

Hier und im Umgang der Fraktionen miteinander zeigt sich etwas, wie ich finde, ganz Besonderes: das im Kreistag des Kreises Viersen geübte Miteinander, das von gegenseitigem Respekt und einer guten Zusammenarbeit geprägt ist. Auch wenn mal das ein oder andere Feuerchen zuletzt mal aufgelodert ist. Aber auch hier zeigt sich dann, dass man das in Gesprächen auch schnell wieder bereinigen kann.

Lassen Sie uns diesen Respekt, diesen guten Umgang miteinander als großen Gewinn der beiden letzten Wahlperioden mit in den nächsten Kreistag nehmen, damit wir auch in Zukunft für die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises verantwortungsvolle und sachliche Lösungen für die Herausforderungen finden.

Kurz zu den vorliegenden Anträgen.

Schon lange bedauern wir die zu wenigen Kurzzeitpflegplätze. Die Folge sind Belastungen der pflegenden Angehörigen und die Belastung der Krankenhäuser durch eine längere Unterbringung. Angesichts der steigenden Anzahl von Pflegebedürftigen war uns das schon länger ein Anliegen.

Leider nicht das der Pflegekassen, die für eine auskömmliche Finanzierung und damit für Anreize von Betreibern sorgen müssten.

Unser Förderprogramm zur Schaffung neuer Kurzzeitpflegeplätze soll trotz eigentlich fehlender Zuständigkeit für eine bessere Versorgung sorgen. Wichtig ist die variable und bürokratiearme Ausgestaltung des Förderprogramms, damit das Programm auch gut angenommen wird. Wichtig und gut ist auch die Evaluation nach zwei Jahren.

Damit aber nicht die im Haushalt eingestellten Mittel angesichts der Haushaltslage für andere Maßnahmen verwendet werden, möchten wir den Beschluss noch dahingehend ergänzen und schlagen deshalb die folgende Formulierung vor:

„Die Aufwendungen sind zweckgebunden für das Förderprogramm zur Schaffung neuer Kurzzeitpflegeplätze und insoweit nicht Bestandteil des Produktbudgets für das Produkt Leistungen für pflegebedürftige Menschen“.

Mit dem Antrag zur Schaffung zusätzlicher Betreuerkapazitäten wollen wir die weitere Verknappung von Betreuungskräften vermeiden und eine gute Versorgung unterstützen. Eine solche kommt nicht nur den Menschen zugute, sondern entlastet auch den Kreishaushalt, da dieser bei zu wenigen Betreuern diese Aufgaben selbst wahrnehmen müsste. Auch hier ist der Zeitraum zunächst begrenzt, eine Evaluierung findet statt. Zudem gibt es eine Gegenfinanzierung.

Auf weitere Themen möchte ich nur ganz kurz eingehen.

Die Kommunen freuen sich, wenn der Kreis Aufgaben übernimmt, die der Kommune selbst schwerfallen würden. Neben bereits heute vielen übernommenen Aufgaben wie die seit nunmehr 15 Jahren bestehenden Kindertagespflege-Beratungstützpunkte sind hier das „Graue-Flecken-Programm“ oder die Abfallentsorgung für Tönisvorst, Niederkrüchten und Schwalmtal ab diesem Jahr zu nennen. Das festigt nicht nur die Durchführung solcher Aufgaben für die Kommune, sondern auch die verlässliche Zusammenarbeit des Kreises mit den Städten und Gemeinden. Gerne mehr davon!

Die im Rahmen der Benehmensherstellung geforderten Konsolidierungen finden im Übrigen bereits seit einiger Zeit statt, z.B. durch Organisationsuntersuchungen oder durch das erfolgreiche Energiemanagement, das nicht nur Energie, sondern auch Kosten einspart, also gleich zwei gute Wirkungen zeigt. Konkrete Hinweise auf sinnvolle Einsparungen statt pauschaler Forderungen nehmen wir aber gerne entgegen.

Danke sagen wir allen, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfs mitgearbeitet haben, insbesondere unserem Kämmerer Thomas Heil und seinem Team.

Danke auch denen, die jetzt die vielen Zahlen in Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger umsetzen werden.

Und Danke an den Landrat und die Dezernenten, die uns bei den Haushaltsberatungen Rede und Antwort standen.

Die CDU-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt 2025 mit allen Anlagen und Änderungslisten sowie dem Stellenplan zu.

Vielen Dank!